



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am
17.03.2026
öffentlich**

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder:

Uwe Kramer	Ausschussvorsitzender stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ute Haupt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Annette Kreutzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. med. Detlef Wend	stellv. Mitglied im JHA/UA
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales Teilnahme bis 16:25 Uhr
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Annika Seidel-Jähnig	Referentin Bildung und Soziales
Stefanie Goy	Jugendhilfeplanerin
Dr. Sebastian Meißner	Sozialplaner
Annett Fritzsche	Sozialplanerin/Bildungsmonitoring
Beate Erfurth	Kitafachplanerin
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kramer eröffnete die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Kramer** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Er bat den TOP 7.4 Verfahren Priorisierung Leistungen gem. §§ 11-14,16 SGB VIII vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.02.2026
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorläufige Jahresplanung 2026
Vorlage: VIII/2026/02375
- 7.2. Berichterstattung AG 78 (Kita)
Vorlage: VIII/2026/02463
- 7.3. Vorstellung und Bericht zum „Projekt Südliche Neustadt“
Vorlage: VIII/2026/02458
- 7.4. Verfahren Priorisierung Leistungen gem. §§ 11-14, 16 SGB VIII
Vorlage: VIII/2026/02475
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.02.2026
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.02.2026

Es gab keine weiteren Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.02.2026 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

bestätigt

Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.4 Verfahren Priorisierung Leistungen gem. §§ 11-14,16 SGB VIII Vorlage: VIII/2026/02475

Frau Brederlow teilte mit, dass im laufenden Jahr ein Teil der Mittel für die Jugendhilfe freigegeben wurde und es mit der zu überarbeitenden Haushaltsgenehmigung bzw. Haushaltssatzung zusammenhängt. Sie erklärte, dass die Neugestaltung parallel läuft und voraussichtlich nicht 70 Prozent erreichen wird und für das Folgejahr eine weitere Reduzierung aller freiwilligen Leistungen, nicht nur der Jugendhilfe, vorgesehen ist. **Frau Brederlow** betonte, dass Budgets pro Bereich in der Haushaltsplanung verankert werden. Sie sagte, dass das kommende Budget voraussichtlich etwa 90 Prozent des aktuellen Betrags betragen wird und dadurch Prioritäten gesetzt werden müssen. **Frau Brederlow** bemerkte abschließend, dass möglicherweise eine weitere Priorisierung notwendig wird und dass insgesamt darauf hingewiesen wird, dass eine zusätzliche Priorisierung unumgänglich sein könnte.

Herr Dr. Meißner fügte hinzu, dass derzeit unklar ist, welche weiteren Restriktionen das Landesverwaltungsamt möglicherweise im April festlegt. Deshalb ist eine Vorbereitung erforderlich und gegebenenfalls wird eine Priorisierung von Leistungen notwendig. Er erwähnte, dass der Jugendhilfeausschuss in den Prozess einbezogen wird. Ziel soll es sein, heute das Verfahren vorzustellen, das in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Bildung entstanden ist. Herr Dr. Meißner sagte, dass dadurch sichergestellt werden soll, dass bei einer Beschlussfassung interne Vorgaben berücksichtigt und die relevanten Wege sichtbar werden.

Frau Haupt erkundigte sich, ob dieses Verfahren z.B. mit dem Stadtjugendring besprochen wurde.

Frau Goy teilte mit, dass nächste Woche ein Termin mit den freien Trägern der AG 78 Kinder, Jugend und Familie angedacht ist, wobei diese Präsentation auch vorgestellt wird.

Frau Goy informierte anhand einer Präsentation zum Verfahren Priorisierung Leistungen gem. §§ 11-14,16 SGB VIII.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt bezog sich auf die finanziellen Aspekte und die Förderung, einschließlich der Drittmittel. Sie erkundigte sich, ob dabei die fachliche Bewertung eine hohe Priorität hat.

Des Weiteren erkundigte sie sich, welche Personen dieses Verfahren noch bewerten.

Frau Goy sagte, dass die Bewertung anhand bestimmter Gesichtspunkte vergleichbar gemacht werden soll. Sie betonte, dass diese Vergleichbarkeit allein aufgrund statistischer Zahlen nicht immer gerecht ist und oft nicht vollständig gelingt. Deshalb wurde die Stufe 2 eingeführt, damit zusätzliches Wissen ins Verfahren einfließt, das von den sieben Fragen allein nicht abgedeckt wird. Dadurch soll das Bewertungsverfahren insgesamt fairer und genauer gestaltet werden.

Frau Goy teilte mit, dass Herr Baldamus, Abteilungsleiter der besonderen sozialen Dienste vom Fachbereich Bildung, und die Teamleiterin Jugendarbeit/ Jugendpflege Frau Somborski gemeinsam mit der Jugendhilfeplanung die Priorisierung vornehmen und dabei Wissen der Jugendpflegerinnen und Jugendpfleger einfließt. Das Ergebnis wird Herrn Frolow, Herrn Dr. Meißner und Frau Brederlow vorgestellt.

Frau Haupt erkundigte sich, um welche freien Träger es sich dabei handelt.

Frau Goy teilte mit, dass alle freien Träger, die auf der Prioritätenliste stehen, in diesem Verfahren eingebunden sind.

Herr Kramer wies darauf hin, dass in der ersten Stufe bereits fachliche Bewertungen vorliegen. Es gibt nur eine nicht-fachliche Bewertung, das ist die mit den Drittmitteln. Alles andere sind fachliche Aussagen, z.B. die Jugendhilfeplanung vor dem Jahr 2022.

Frau Manser lobte, dass die Verwaltung den Prozess langsam und ruhig im März gestartet hat. Sie äußerte jedoch Unverständnis darüber, warum Personen, die HzE-Einnahmen haben, benachteiligt werden sollen. Ihrer Ansicht nach wäre aus pädagogischer Sicht eine entgegengesetzte Vorgehensweise sinnvoll. Sie bat um Erklärung.

Frau Goy sagte, dass es sich nicht um eine pädagogische Komponente handelt, sondern um die wirtschaftliche Notlage einiger Träger. Sie erklärte, dass vor allem Träger im präventiven Bereich betroffen sind, die kein HzE einsetzen, und dass diese Träger oft kurz vor der Insolvenz stehen. Dadurch soll ein Trägersterben vermieden werden.

Frau Krause erkundigte sich, wann die betroffenen Träger erfahren, dass sie durch das Raster gefallen sind, und welche Folgen sie ab November bereits betreffen könnten. Sie plädierte dafür, dass die betroffenen Träger rechtzeitig darüber informiert werden.

Frau Goy teilte mit, dass erst das Ergebnis des Termins mit dem Landesverwaltungsamt zum Haushalt abgewartet werden muss, um zu wissen, welche Restriktionen möglicherweise noch folgen. Sie wies darauf hin, dass keine konkreten Maßnahmen vor Mai zu erwarten sind.

Herr Wend erkundigte sich, ob diese Priorisierungsliste eine Handlungshilfe oder eine Handlungsanweisung ist.

Frau Goy bemerkte, dass solche Verfahren grundsätzlich unbefriedigend sind. Sie können objektiv helfen, aber auch mit einer Ungerechtigkeit verbunden sein. Es ist wichtig, sowohl mit Zahlen zu arbeiten als auch das abzubilden, was Zahlen nicht zeigen, und das so gut wie möglich bei Entscheidungen zu berücksichtigen.

Frau Goy wies darauf hin, dass dieses Verfahren in Form einer Informationsvorlage in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung vorgestellt wird. Dieses Verfahren kann der Jugendhilfeausschuss beurteilen und abstimmen.

Herr Dr. Wend erkundigte sich, ob in der Prioritätenliste Änderungen vorgenommen werden können.

Frau Goy teilte mit, dass diese Möglichkeit besteht, weil der Vorschlag der Verwaltung im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden muss. D.h. es können Änderungsanträge gestellt werden.

Herr Kramer bedankt sich zunächst dafür, dass man aus Sicht der freien Träger frühzeitig Parameter hat, um reagieren zu können. Er lobte, dass bereits nächste Woche Kommunikationen mit den Trägern stattfinden. Er sagte, dass es hierbei um ein Verfahren geht, in dem alle auf Augenhöhe miteinander sprechen. Dabei sollen Parameter aus Sicht der Träger, der Verwaltung und der Politik geprüft werden. **Herr Kramer** wies darauf hin, dass es auch Träger geben wird, die emotional reagieren. Er hofft, dass dieses Thema in diesem Jahr nicht aktuell wird aber dennoch offen kommuniziert werden sollte. So könnten Träger vermeiden, Personal von Mai bis Juni entlassen zu müssen. Er bedankte sich bei der Verwaltung für diese Vorgehensweise.

Frau Haupt erkundigte sich, wie viel eingespart werden müsste.

Frau Goy sagte, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Zahl vorliegt.

Frau Seidel-Jähnig sagte, dass eine genaue Zahl derzeit nicht genannt werden kann. Es ist geplant, das Thema im nächsten Jugendhilfeausschuss zusammen mit dem Fachbereich Bildung zu erläutern. Sie betonte, dass man prüfen muss, wie ein entsprechendes Verfahren angewendet werden kann.

Frau Haupt plädierte für eine zeitnahe Information der Einsparungssumme, um eine objektive Beurteilung zu ermöglichen.

Es gab keine weiteren Fragen.

Herr Kramer bedankte sich bei Frau Goy für ihre Ausführungen.

zu 7.1 Vorläufige Jahresplanung 2026
Vorlage: VIII/2026/02375

Herr Kramer erläuterte den Ausschussmitgliedern die vorliegende Jahresplanung.

Es gab keine Fragen.

Anmerkung: Die Jahresplanung ist im Session hinterlegt

zu 7.2 Berichterstattung AG 78 (Kita)
Vorlage: VIII/2026/02463

Frau Erfurth informierte anhand einer Präsentation zur Berichterstattung AG 78 (Kita).

Anmerkung: Die Mitteilung ist im Session hinterlegt

Frau Krause erkundigte sich, ob auch Träger, die nicht Teil der AG 78 sind, an der Veranstaltung teilnehmen können und ob diese öffentlich ist.

Frau Erfurth wies darauf hin, dass es laut Geschäftsordnung keine vorgesehene Option für das angesprochene Anliegen gibt. Sie hält die Nachfrage für berechtigt, weil über 30 Träger existieren, von denen 16 aktiv in der Arbeitsgemeinschaft mitwirken. Es stellt sich daher die Frage, wie die übrigen Träger über die besprochenen Inhalte informiert werden. Sie erläuterte, dass sie Protokolle zu den Sitzungen erstellt und alle Präsentationen sowie Materialien anhängt. Diese Unterlagen sind ausdrücklich zur Weitergabe in die Interessensgemeinschaft der Freien Träger gedacht, an der alle teilnehmen können. In dieser Interessensgemeinschaft werden die Themen aus der AG 78 weitergetragen und diskutiert, ebenso fließen Themen von dort zurück in die Arbeitsgemeinschaft.

Herr Kramer bemerkte, dass die AG 78 ein Gremium des Unterausschusses Jugendhilfeplanung ist. Er erklärte, dass zu Beginn der Legislaturperiode Träger dazu aufgefordert wurden, sich an einer Mitarbeit zu beteiligen. In diesem Zuge wurde das Gremium erweitert, um eine breitere Beteiligung zu ermöglichen. Herr Kramer stellte fest, dass ein nachträglicher Einstieg während der laufenden Legislaturperiode aufgrund der bestehenden Geschäftsordnung schwierig ist. Interessierte könnten jedoch versuchen, einen Gaststatus zu erhalten, wenn ein Thema für sie besonders relevant ist. Das muss individuell mit der Geschäftsführung des Gremiums abgestimmt werden.

Frau Krause bezog sich auf das Thema „Schuleingangsuntersuchung“. Sie berichtete von einem Besuch in einer Sprachheilschule, bei dem sie die Erkenntnis gewonnen hat, dass Kitas bereits frühzeitig Auffälligkeiten bei Kindern an Schulen melden können. Sie stellte fest, dass eine frühere Kooperation zwischen Kita und Schule möglich ist, wenn bereits deutliche Defizite bei Kindern erkannt werden. **Frau Krause** sagte, dass die Belegungszahlen der Schule in den Jahren 2015 und 2016 deutlich zurückgingen. Ein Grund dafür war die damalige Regelung, dass Kitas keine Empfehlungen für Sonderschulen aussprechen durften, sondern nur Grundschulen. Sie regte an, diese Entwicklung zu berücksichtigen und den Trägern mitzuteilen.

Frau Erfurth stimmte dem angesprochenen Punkt von Frau Krause zu. Sie sagte, dass hierzu die Einverständniserklärung der Eltern vorliegen muss und dass eine Kontaktaufnahme zur Schule nur

möglich ist, wenn die Eltern dies erlauben und entsprechende Informationen weitergegeben werden dürfen.

Frau Krause bemerkte, dass es darum geht, den Eltern eine Empfehlung auszusprechen, ihr Kind direkt auf eine Sprachheilschule zu schicken.

Herr Kramer hinterfragte, wie der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit dem angesprochenen Sachverhalt weiter umgehen soll. Er hält es für sinnvoll, diese in das Fachgremium bzw. an die freien Träger weiterzugeben. Gleichzeitig betont er, dass im aktuellen Rahmen keine weitere Klärung möglich ist. Er empfahl der Verwaltung, dieses Anliegen aufzugreifen und mitzunehmen.

Frau Haupt bemerkte, dass die 16 Beteiligten im Wesentlichen den Themenplan bzw. die inhaltlichen Schwerpunkte selbst festlegen. Die Tagesordnung wird anschließend im geschäftsführenden Gremium koordiniert und strukturiert. Bei größeren oder weiterführenden Themen werden die 16 Beteiligten ebenfalls einbezogen und leisten entsprechende Zuarbeit. Sie regte an, dass die erarbeiteten Ergebnisse stärker an andere Stellen weitergegeben werden, um eine stadtweite Handlungsgrundlage zu schaffen.

Frau Erfurth betonte, dass ihr wiederholt versichert wurde, die Interessensgemeinschaft freier Träger sei ein offenes Gremium. Dort seien alle Träger in Halle eingeladen, unabhängig von ihrer Größe oder Bedeutung, mitzuwirken. Damit solle eine breite Beteiligung aller Akteure gewährleistet werden.

Es gab keine weiteren Fragen.

Herr Kramer bedankte sich bei Frau Erfurth für ihre Ausführungen.

zu 7.3 **Vorstellung und Bericht zum „Projekt Südliche Neustadt“** **Vorlage: VIII/2026/02458**

Herr Dr. Meißner informierte anhand einer Präsentation zum „Projekt Südliche Neustadt“.

Anmerkung: Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

Frau Manser erkundigte sich, wer dieses Projekt umsetzt.

Herr Dr. Meißner teilte mit, dass die Maßnahmen im Konzept hauptsächlich durch die Verwaltung umgesetzt werden sollen. Sowohl die freien Träger als auch die Gremien werden über die Projektfortschritte informiert.

Frau Haupt erkundigte sich nach dem geplanten Zeitraum des Projekts.

Herr Dr. Meißner sagte, die Projektphase mit der Erstellung des Konzeptes beendet ist. Die Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen unterliegt keinen zeitlichen Vorgaben. Über den Umsetzungsstand wird regelmäßig in den Gremien berichtet.

Es gab keine weiteren Fragen.

Herr Kramer bedankte sich bei Herrn Dr. Meißner für seine Ausführungen.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es gab keine Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

zu 9 **Anregungen**

Herr Kramer regte an, den Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 21.04.2026 wegen fehlender Tagesordnungspunkte ausfallen zu lassen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete Herr Kramer den öffentlichen Teil und bat, um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer